



Wie kann die Wettbewerbsfähigkeit der Vermögensverwaltung in der Schweiz gestärkt werden?

Christoph B. Gloor, Teilhaber, La Roche & Co, Basel
Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken
Bern, 20. Januar 2015, Mediengespräch
Es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen und Herren

Nach dem Vortrag von Boris Collardi, der vor allem Wirtschaftsfragen gewidmet war, wird mein Beitrag vermehrt juristischer Natur sein. Diese Fragen sind naturgemäss komplex und trocken, sie werden es mir nachsehen. Ich beginne mit dem Wesentlichen: Die Schweiz muss ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, wenn sie ein führender Finanzplatz bleiben möchte.

Im vergangenen Jahr war meine Rede der etwas ketzerischen Frage gewidmet, ob die Expertengruppe Brunetti, die mit der Ausarbeitung einer Finanzmarktstrategie beauftragt war, eine wettbewerbsfähige Strategie oder einen neuen « Swiss Finish » umsetzen werde.

Professor Brunetti legte seinen Schlussbericht anfangs Dezember vor. Er befürwortet keine Verschärfung des « Swiss Finish », sondern möchte folgende vier Herausforderungen annehmen: (i) ein effizientes Gesetzgebungsverfahren ausarbeiten; (ii) den Marktzutritt aufrechterhalten und verbessern; (iii) das steuerliche Umfeld verbessern und (iv) die Stabilität des Systems gewährleisten.

Diese vier Themen sind zwar nicht neu, aber es sind echte Herausforderungen. Erlauben Sie mir, die Schlussfolgerungen der Expertengruppe kurz zu kommentieren. Ich denke, dass sie grundsätzlich in die richtige Richtung gehen. Sie können die Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzplatzes stärken – unter der Voraussetzung, dass sie auch umgesetzt werden.

- Was die Effizienz des Gesetzgebungs- und Regulierungsprozesses anbelangt, so ist das Wesentliche bereits gesagt worden, in einem Dokument, das schon 2005 von den Bundesbehörden veröffentlicht wurde¹. Die guten Absichten, die damals geäussert wurden, sind allerdings noch nicht – oder zumindest nicht ausreichend – umgesetzt worden, vielleicht aufgrund der Finanzkrise. Daher sind wir froh, dass dieser Punkt heute erneut auf der Tagesordnung steht.

¹ Vgl. « Richtlinien für die Finanzmarktregulierung – Vorgaben für eine verhältnismässige, kostenbewusste und wirksame Regulierung des Finanzmarktes », gemeinsame Veröffentlichung der Eidgenössischen Finanzverwaltung, der Eidgenössischen Bankenkommission und des Bundesamtes für Privatversicherungen, September 2005

- Auf den Marktzugang werde ich sogleich zurückkommen, da uns dieses Thema seit Jahren beschäftigt und eines unserer grössten Probleme darstellt. Zudem hat sich die Situation in den vergangenen zwölf Monaten nicht verbessert, ganz im Gegenteil.
- Die Steuerfrage ist ebenfalls ein wesentlicher Punkt. Ich werde auch darauf zurückkommen.
- Letztlich ist auch das Kapitel über die volkswirtschaftlichen Risiken, das die Expertengruppe ausgearbeitet hat, von Interesse. Es ist sogar das einzige, das sowohl konkrete als auch neue Vorschläge enthält, was im Übrigen etwas bedenklich stimmt. Die Schweiz ist ja seit Jahren bestrebt, die Stabilität und Integrität ihres Finanzplatzes zu verbessern. Sie setzt diese Bemühungen auch stetig fort, was ihr sicher nicht vorgeworfen werden kann. Wettbewerbsfähiger geworden ist sie dadurch allerdings nicht.

Einige prophezeien bereits den Abstieg unseres Finanzplatzes. Wenn man die jüngste Entwicklung betrachtet, ist dies nicht ganz unberechtigt. Das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu stärken, stösst auf zwei Widerstände: Einerseits wird der steuer- und aufsichtsrechtliche Rahmen immer anspruchsvoller, und andererseits ist die europäische Wirtschaft weniger dynamisch als andere Regionen der Welt. Dennoch verfügt die Schweiz über verschiedene einzigartige Vorteile. Sie muss alles geben, um diese zu bewahren und neue Trümpfe ins Spiel zu bringen.

Dazu müssen die Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der drei Schlüsselbegriffe Öffnung, Vorhersehbarkeit und « Benchmarking » weiter verbessert werden.

Öffnung

Für ein Land wie die Schweiz sollte die Notwendigkeit der Öffnung offensichtlich sein. Dem ist allerdings nicht mehr so, da sowohl bei uns als auch bei unseren Partnern Abschottungstendenzen beobachtet werden können. Es würde zuviel Zeit in Anspruch nehmen, die Gründe dieser unglücklichen Entwicklung zu analysieren. Sie hat auf jeden Fall sowohl politische als auch wirtschaftliche Ursachen. Und für unseren Sektor und die gesamte Wirtschaft stellt sie eine erhebliche Bedrohung dar.

Konkret betrifft das Bedürfnis nach Öffnung für unsere Banken vor allem zwei Aspekte:

- Erstens muss es unseren Banken möglich sein, weltweit erstklassiges Personal zu rekrutieren, damit sie ihren Kunden eine hochstehende Servicequalität bieten können. Es ist nicht möglich, sich gegenüber der internationalen Konkurrenz zu behaupten, wenn man nicht über die besten Spezialisten verfügt. Beim Fussball schlägt sich der Club meiner Heimatstadt Basel recht gut in der europäischen « Champions League ». Müsste der FC Basel auf einen Teil seiner ausländischen Spieler verzichten, wäre er rasch aus dem Spiel. Nun ist die Schweiz einer der Hauptpfeiler der internationalen Liga der Vermögensverwaltung. Sie hat keine Chance, diese Rolle beizubehalten, wenn sie nicht auf die besten Elemente zurückgreifen kann. Es ist wesentlich, dass diesem Erfordernis bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative Rechnung getragen wird.
- Der zweite Aspekt in Zusammenhang mit der Öffnung betrifft den Marktzugang. Wenn uns das Jahr 2014 eines gebracht hat, dann die Erkenntnis, dass dieser Punkt mit dem vorher genannten in Verbindung steht. Wie wollen wir unsere Partner davon überzeugen, sich zu öffnen, wenn wir uns selbst verschliessen? Der Bericht von Professor Brunetti zeigt mögliche Wege auf, aber seine Überlegungen bleiben theoretisch und sind politischen Erwägungen untergeordnet. Der Marktzutritt muss verbessert werden, dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten: Durch Abkommen mit unseren wichtigsten Partnern, durch die Anwendung des Äquivalenzprinzips oder über ein Finanzdienstleistungsabkommen mit der EU. Wir unterstützen alle diese Optionen, die sich gegenseitig nicht ausschliessen. Am Wichtigsten ist es jedoch, den Worten so schnell wie möglich Taten folgen zu lassen. Mit jedem verlorenen Jahr steigt das Risiko, dass Schweizer Finanzinstitute ihr Geschäft ins

Ausland verlagern. Eine solche Entwicklung ist in zweifacher Hinsicht schädlich: Erstens gehen unserem Land Arbeitsstellen und die damit zusammenhängende Wertschöpfung verloren; und zweitens wird die Vielfalt des Angebots beeinträchtigt, da ein solches Vorgehen nur für Banken ab einer bestimmten Grösse möglich ist.

Vorhersehbarkeit

Wenn wir einerseits eine Öffnung brauchen, müssen wir andererseits auch in einem stabilen juristischen Rahmen arbeiten können. Aber die Welt verändert sich, sodass mir die Vorhersehbarkeit dieses Rahmens noch wichtiger als dessen Stabilität erscheint. Diese war lange Zeit einer der wichtigsten Wettbewerbsvorteile der Schweiz. Dies ist zum Teil auch heute noch der Fall, denn die Art und Weise, wie unsere Gesetze gemacht werden, bewahrt uns im Allgemeinen vor grösseren Überraschungen. Unsere Kunden schätzen dies ausserordentlich.

Aber in den vergangenen Jahren haben sich die Dinge geändert, und nicht immer zum Guten. Diese Entwicklung war der Vorhersehbarkeit der Rahmenbedingungen abträglich. Wir sind uns darüber bewusst, dass diesem Trend in manchen Fällen kaum etwas entgegengesetzt werden kann. Das haben wir beispielsweise am 9. Februar des vergangenen Jahres feststellen müssen. Manchmal ist die Schweiz auch dem Druck einer Gruppe von Ländern mit mehr oder weniger « variabler Geometrie » ausgesetzt. Selbstverständlich kann sich die Schweiz auf diplomatischer Ebene verteidigen, aber in der Regel passt sie sich am Schluss an. Sie muss vor allem darauf achten, nicht diskriminiert zu werden, das ist das Wichtigste. Letztlich gibt es alle anderen Fälle – und diese sind bei Weitem am häufigsten – in denen unser Land seine Wahlfreiheit vollständig bewahren konnte. Hier müssen die Anstrengungen konzentriert werden, um die Vorhersehbarkeit des rechtlichen Rahmens zu verbessern.

Die Expertengruppe Brunetti hat Vorschläge in dieser Richtung formuliert. Sie zielen darauf ab, den Regulierungsprozess effizienter zu strukturieren. Ohne auf die technischen Details einzutreten, möchte ich hier ganz einfach festhalten, dass wir diese sehr begrüssen.

Die Schweiz hat im vergangenen Jahr eine grosse Reform – diejenige der Architektur seines Finanzrechts – in Angriff genommen. Es ist wesentlich, dass diese neuen Gesetze (FinfraG, FIDLEG und FINIG) die Vorhersehbarkeit unserer Rahmenbedingungen verbessern. Dazu braucht es keinen « Swiss Finish », der unsere Banken gegenüber den ausländischen Konkurrenten benachteiligen würde. In Wirklichkeit gingen bestimmte Vorschläge des Bundesrates in die entgegengesetzte Richtung, aber es gibt Gerüchte, wonach die anfechtbarsten davon nicht mehr in den Gesetzesentwürfen enthalten sind, die dem Parlament unterbreitet werden. Sollten sich diese Gerüchte bestätigen, freuen wir uns darüber.

« Benchmarking »

Ich komme nun abschliessend zum dritten Begriff, dem « Benchmarking ». Dieser englische Begriff bezieht sich auf unsere Fähigkeit, unsere Wettbewerbsfähigkeit in allen Bereichen zu messen. Er ist weniger allgemein und konkreter als derjenige der Wettbewerbsfähigkeit. In diesem Zusammenhang sollten wir unsere Anstrengungen auf zwei Hauptthemen konzentrieren: Die Regulierung und die Steuern. Wir sollten grundsätzlich jede Massnahme vermeiden, welche den Finanzplatz Schweiz gegenüber den ausländischen Finanzplätzen benachteiligt.

Erlauben Sie mir, hier vor allem auf die Steuerfragen einzugehen, wo grosse Reformen im Gang sind. Es geht um vier Dossiers, aber keine Angst, ich werde nicht in die Details gehen!

Das erste Dossier betrifft die Umsetzung des automatischen Austauschs von Steuerdaten bis zum Jahr 2017. Unser Finanzplatz kann sich nicht mehr auf das Bankgeheimnis in Steuersachen berufen – ein Wettbewerbsvorteil, welcher der Schweiz scharfe Kritik von zahlreichen Ländern und Organisationen eingebracht hatte. Wir kommen heute aber ohne diesen Vorteil aus, da die Regeln nun für alle gleich sein werden. Es ist absolut unumgänglich,

dass das von der OECD vielgerühmte *Level Playing Field* auch wirklich eingehalten wird. Dies ist jedoch bei Weitem noch nicht gewährleistet und für uns ein Grund zur Besorgnis. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er die entsprechenden Entwicklungen sehr aufmerksam verfolgt. Dies ist der erste Fall von « Benchmarking », den es um jeden Preis einzuhalten gilt.

Das zweite Dossier betrifft die Reform der Verrechnungssteuer. Kurz vor Weihnachten wurde darüber ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Das Ziel der Reform besteht vor allem darin, den Schweizer Kapitalmarkt wettbewerbsfähiger zu machen. Dieses Ziel ist durchaus lobenswert. Dabei sollten die Interessen der Schweizer Vermögensverwaltungsbranche jedoch nicht vergessen werden. Denn wenn wir nicht auf der Hut sind, könnte die Erhebung der Verrechnungssteuer durch die Zahlstellen zu einem zusätzlichen Kostenfaktor für unsere Banken werden, was um jeden Preis verhindert werden muss. Wir fragen uns daher, ob es nicht besser wäre, eine globalere Reflexion über die inländische Besteuerung von Zinserträgen zu führen. Daraus würden sich mit Sicherheit Ideen für ein effizienteres System ergeben.

Der dritte Punkt betrifft unser rotes Tuch, die Steuer, die sich für die Schweizer Vermögensverwaltung am nachteiligsten auswirkt. Es geht um die Stempelsteuer, eine Steuer, die in einem internationalen Umfeld ohne Finanztransaktionssteuer (FTT) keiner Vergleichsstudie standhält. Mit Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, dass sich die Expertengruppe Brunetti, in der auch Vertreter der Behörden prominent vertreten waren, einer Revision dieser Steuer angesichts der internationalen Debatte über die FTT nicht widersetzt hat. Für uns ist dies ein Hoffnungsschimmer, obwohl wir noch weit vom Ziel entfernt sind.

Ich werde Sie damit verschonen, hier im Detail auf das vierte Dossier einzugehen, zweifellos das komplexeste von allen, die „Unternehmenssteuerreform III“. Dieses Thema müsste in einem separaten Referat behandelt werden, und es betrifft unseren Geschäftszweig nur am Rande. Ich möchte dennoch anführen, dass wir nicht verstehen, warum der Bundesrat das Thema der Kapitalgewinne von Privatpersonen darin integriert hat, da dieses nichts mit der Unternehmensbesteuerung zu tun hat. Diese Steuer ist bei der Volksabstimmung vor etwas mehr als zehn Jahren von allen Kantonen und zwei von drei Urnengängern abgelehnt worden. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass dieser Punkt aus dem Reformvorschlag verschwindet. Wenn der Bundesrat die Debatte darüber erneut eröffnen möchte, dann muss dies im Rahmen einer globaleren Debatte über die Besteuerung der Kapitaleinkünfte in der Schweiz erfolgen. Wir würden im Übrigen eine solche Debatte sehr befürworten.

* * *

Meine Damen und Herren, abschliessend möchte ich noch folgendes sagen: Die Schweiz ist eine kleine, offene Volkswirtschaft. Ihre Stärke beruht auf der Öffnung, nicht auf der Abschottung. Zu ihren grössten Vorzügen gehört die Stabilität und, mehr noch, die Vorhersehbarkeit ihres rechtlichen Rahmens. Schliesslich hat sie auch bewiesen, dass sie sehr wettbewerbsfähig sein kann. Im Vermögensverwaltungsgeschäft ist unser Finanzplatz sogar weltweit führend. Um diesen ersten Rang zu verteidigen, muss sich unser Land jedoch einer harten Disziplin unterwerfen: Es muss sich in allen wichtigen Bereichen mit den Konkurrenten messen, die ihm diesen ersten Platz streitig machen wollen.